

## Der Haushaltsausschuß des Abgeordnetenhauses.

Die verstärkte Budgetkommission des Abgeordnetenhauses setzte Sonnabend die Beratung des Etats des Staatsministeriums bei der Frage der

### Bergebung der Kriegslieferungen

fort. Hierzu brachte ein Abgeordneter Mängel zur Sprache, die sich bei der Organisation und Vergebung von Heereslieferungen ergeben hätten. Daran knüpfte sich eine längere Erörterung. Mehrere Abgeordnete betonten mit dem ersten Redner, daß man möglichst an die Quelle der Produzenten und deren Organisationen, die Handels- und Handwerkskammern, gehen und den nicht legitimen, nicht fachverständigen Zwischenhandel außer Betracht lassen solle. Auch wurde ersucht, die Auskunft über die Zuständigkeit der auftraggebenden Stellen zu erleichtern und für beschleunigte Auskunft zu sorgen. Auch die Frage der Löhne der Heimarbeiterinnen und der Einkaufspreise der Liebesgaben wurde besprochen. Von einer Seite wurde auf die ganz außergewöhnliche Anspannung aller Kräfte bei Ausbruch des Krieges und auf die Dringlichkeit in Beschaffung der Heeresmaterialien aufmerksam gemacht, was manches erklärte.

Der Handelsminister erklärte, daß inzwischen das Heereslieferungswesen einer völligen Neuordnung unterworfen sei. Der Kriegsminister habe zwecks Ausschaltung des gerügten Agentenwesens verfügt, daß Angebote auf Heereslieferungen nur noch durch die Hand der Handels- und Handwerkskammern einzureichen seien, die sich dabei über Branchezugehörigkeit, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit des Anbietenden gutachtlich zu äußern hätten. Bei den von der Heeresverwaltung in ständigem Einvernehmen mit dem Handelsministerium getroffenen Maßnahmen sei zu hoffen, daß in Zukunft den in der Anfangszeit hervorgetretenen, auch von der Staatsregierung beklagten Unzuträglichkeiten werde vorgebeugt werden.

Der Etat des Staatsministeriums wurde bewilligt.

Zum Schluß warf der Vorsitzende einen Rückblick auf die neuntägigen Verhandlungen, die sich ausgezeichnet hätten durch die strenge Sachlichkeit, mit der man in die schwierigen Fragen der Kriegslage einzubringen bemüht gewesen sei, durch volle Offenheit der Aussprache mit der Staatsregierung und ganz besonders durch die Einigkeit der ganzen Kommission. Diese Einigkeit habe sich gezeigt in dem Geiste, der die ganzen Verhandlungen getragen habe — man könne wohl sagen: es hat keine Parteien gegeben — und in dem Ergebnisse der Verhandlungen. In einem alle Erwartungen übertreffenden Maße sei volle Einmütigkeit hervorgetreten über das, was die Stunde erforderte. Dank der Arbeit der beiden Berichterstatter sei es auch gelungen, diese Ansichten und Wünsche in gedrängte und übersichtliche Form zu bringen und so der Staatsregierung zu übermitteln. Es dürfe der Zuversicht Ausdruck gegeben werden, daß sie bei der Staatsregierung volle Beachtung und Würdigung finden möchten, damit auch zwischen Staatsregierung und Volksvertretung Einigkeit herrsche in dieser ernsten Lage des Vaterlandes.

Der Vizepräsident des Staatsministeriums dankte für die reiche Kritik und die zahlreichen Anregungen der Kommission. Dieselben würden ernste Beachtung und Berücksichtigung finden. Regierung und Volk seien einig in dem Willen und der Entschlossenheit, den Krieg bis zum letzten Hauch zu Ende zu führen zum Wohle des Deutschen Reiches und des preussischen Vaterlandes.

Es folgte die Beratung des Etats des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten, in Verbindung damit die Besprechung der Behandlung deutscher Kriegsgefangener im Auslande. Seitens der Kommission und eines Vertreters des Auswärtigen Amtes wurden die Verhältnisse der Zivil- und Kriegsgefangenen im feindlichen Auslande besprochen, eine ausführliche Berichterstattung darüber aber der Plenarberatung vorbehalten.

Der Etat des Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten wurde bewilligt, ebenso eine Reihe kleinerer Etats.

Beim Etat der

### Landwirtschaftlichen Verwaltung

wurde eine Reihe von Fragen besprochen, wie Beschaffung von Torf, Förderung der Schafzucht, Kultivierung der Weidflächen, bei der zurzeit etwa 70 000 Gefangene beschäftigt werden, Zuführung von Kaltblutpferden aus Belgien, Heranziehung von Gefangenen, auch in kleineren Trupps, zu landwirtschaftlichen Arbeiten, Deffnung der Wälder zum Eintreiben von Vieh und Gewinnung von Streu, bessere Einrichtung von Düngstätten und endlich der Rübenbau. Zu letzterem teilte der Landwirtschaftsminister mit, daß die Einschränkung des Rübenbaus um 25 v. H. in Aussicht stehe.

Der Etat der landwirtschaftlichen Verwaltung wurde bewilligt.

Im Laufe der Verhandlungen war ein Telegramm des Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen, von Batocki, eingetroffen, in dem derselbe im Namen der Provinz Ostpreußen der Kommission herzlich dankt für das den Sorgen und Wünschen der Provinz bekundete warmherzige Verständnis.

Nächste Sitzung Dienstag, 23. Februar.